

Solarpark Döberitzer Heide

Seit langem plant ein Photovoltaikunternehmen eine Solaranlage in der Döberitzer Heide. Die Gemeindevertretung hatte dem Beginn der Planungen – auf Kosten und Risiko der Planungsgesellschaft – nicht einstimmig, aber doch mit Mehrheit zugestimmt. Nun werden die Planungen konkreter, die frühzeitige Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange ist erfolgt und Anfang nächsten Jahres wird unsere Gemeinde gegenüber der Genehmigungsbehörde eine entscheidende Stellungnahme abgeben müssen.

Wir verstehen, wenn jemand den Bau einer Solaranlage in einem Naturschutzgebiet aus Prinzip rundweg ablehnt. Auch in unseren eigenen Reihen gibt es Befürworter und Gegner dieses Projektes. Wir haben deshalb zuerst in der Fraktion noch einmal kontrovers über das Thema diskutiert. Es waren tiefergehende Überlegungen anzustellen, die konkreten Auswirkungen zu bedenken und Bedingungen zu definieren, unter denen eine Zustimmung gegenüber der Genehmigungsbehörde nicht nur vertretbar wäre, sondern die für unsere Bürger sowie für die besonderen Naturschutzziele dieses ehemaligen militärischen Übungsgeländes mit deutlichen Vorteilen verbunden wären ohne die auf der Hand liegenden Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Warum kann man nicht von vornherein "Nein" sagen zu einem solchen Vorhaben?

In der Döberitzer Heide hat sich über Jahrzehnte militärischer Nutzung eine besondere Natur entwickelt, deren Reiz u.a. in dem Wechsel von Wald, Gebüsch und offenen Flächen liegt. Würde der Mensch dieses Gebiet der natürlichen Entwicklung überlassen, würde daraus in kurzer Zeit ein geschlossenes Waldgebiet werden. Die einmalige und in vielen Fällen seltene Vielfalt von Fauna und Flora würde verschwinden.

Die offenen Flächen müssen also durch gezielte Eingriffe offengehalten werden. Dies soll nicht mit großen Maschinen, sondern hauptsächlich neben Rotwild durch die ausgewilderten Wildpferde und Wisente geschehen. Diese Tiere und ihre Wirkung auf die Natur müssen kontrolliert und wissenschaftlich begleitet werden. Ärzte, Wissenschaftler, Sachverständige der regionalen und internationalen Naturschutzorganisationen und die Feuerwehr müssen die Wildniskernzone befahren und betreten können, ohne durch alte Munition oder gar chemische Kampfstoffe gefährdet zu werden. Es müssen weitere Wege geräumt werden.

Auch das Ziel, diese Landschaft als wildnisähnliches Erlebnis- und Erholungsgebiet zu erhalten und weiter auszubauen, kostet viel Geld.

Die gemeinnützige Stiftung konnte diese Aufgaben bislang nur über Fördermittel oder Spenden finanzieren. Fördermittel wurden in den vergangenen Jahren deutlich reduziert. Unsere Gemeinde könnte die fehlenden Mittel nicht aufbringen, selbst wenn sie dies dürfte und wollte. Wir können unsere Bürger auch nicht verpflichten, Mitglied der Stiftung zu werden oder Geld zu spenden. Wenn wir dieses anspruchsvolle Ziel und einmalige Experiment auf dem Gebiet unserer Gemeinde nicht gefährden wollen, müssen wir helfen, der Stiftung zusätzliche Einnahmen zu verschaffen. Die absehbar fehlenden laufenden Einnahmen könnten durch die zeitweise Verpachtung einer Fläche für Solarkollektoren zumindest teilweise erzielt werden.

Würde dies aber nicht dem Naturschutzziel widersprechen?

Die Photovoltaikanlage würde im Nordwesten der Heide auf einer Fläche von ca. 100 ha von insgesamt 3600 ha errichtet werden. Diese 100ha sind besonders belastet und

würden von den Bodenverunreinigungen geräumt werden. Nach Ende der Solarnutzung stünde die Fläche – von gefährlichen alten Kampfstoffen beräumt – dem Naturschutz hochwertiger zur Verfügung als dies zur Zeit der Fall ist. Weitere ca. 200 ha würden nach derzeitigem Planungsstand Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen naturschutzfachlich entwickelt oder als Wegflächen geräumt werden. Im Übrigen soll die Anlage mindestens in Teilbereichen erhöht angeordnet werden. Der Wanderweg an der Kernzone im Norden würde die Anlage in 2 Teile teilen.

Gerade die schwierige Startphase dieses besonderen Naturschutzexperimentes in den ersten 20-30 Jahren würde mit dieser Maßnahme unterstützt werden können. Die Solarnutzung soll anschließend wieder von der Fläche entfernt und das Areal wieder in das Naturschutzgebiet eingegliedert werden.

Momentan handelt es sich um folgende Schutzgebiete: NSG, LSG, FFH und SPA (Vogelschutz), z.T. auf europäischer Ebene. Wegen der entgegenstehenden Bundesgesetze regt die Genehmigungsbehörde an, den vorgesehenen Bereich vorübergehend aus dem Geltungsbereich der NatSchVO auszugliedern. Dem Antrag dazu müsste unsere Gemeindevertretung Anfang des nächsten Jahres zustimmen.

Wir können uns bei Abwägung der Vor- und Nachteile vorstellen, unter den folgenden Bedingungen grundsätzlich unsere Zustimmung zu erteilen:

1. Die erzielten Einnahmen werden zweckgebunden ausschließlich für Maßnahmen in der Döberitzer Heide verwendet. In einer jährlichen Berichterstattung werden dies und die durchgeführten Biotoppflegemaßnahmen gegenüber der GV offengelegt.
2. Der Erhaltungszustand der für die Solaranlage vorgesehenen Flächen darf durch das Projekt nicht verschlechtert werden.
3. Nach 25 Jahre erfolgt verbindlich der Rückbau der Solaranlage und die Wiedereingliederung in das NSG. Dies ist durch eine Bankbürgschaft o.ä. zu sichern.
4. Das bestehende Wegenetz soll in einem überschaubaren Zeitraum einen Ausbauzustand erreichen, der auch behinderten Menschen und Eltern mit Kinderwagen eine Begehung/Befahrung ermöglicht (wie dies bereits in einigen Abschnitten beispielhaft geschehen ist.) Ferner sollen die Eingänge von Dallgow aus attraktiv gestaltet werden.
5. Es werden regelmäßig fachkundige Führungen von Dallgow in die Heide angeboten.
6. Die Solarbetreiberfirma wird ihren Sitz in Dallgow-Döberitz haben.

Diese Vorstellungen, die sich sowohl aus dem Stand der Information der Gemeindevertretung als auch aus der Diskussion in der Fraktion speisen, werden wir mit unseren Mitgliedern diskutieren. Zu diesem Zweck sind sowohl ein Vertreter der Projektentwickler (Herr Kaun) als auch ein Vertreter der Sielmanns Naturlandschaften Döberitzer Heide gGmbH (Herr Lankow) zu unserer **Mitgliederversammlung am 20. Dezember 2011 um 19:30 Uhr in die Cocktailbar** eingeladen. Dort besteht dann die Möglichkeit, sich sowohl aus erster Hand zu informieren als auch ein breites Votum für oder gegen die Planungen zu bekommen.

Karl-Heinz Schmidt

(Mitglied der Freien Wählergemeinschaft Dallgow-Döberitz)